



# Gewerkschaft der Polizei

---

## Bundesvorstand

Ständige Konferenz der Innenminister und  
-senatoren der Länder  
Vorsitzenden  
Herrn StaMin. Roger Lewentz, MdL  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin

E-Mail: [mail-imk@bundesrat.de](mailto:mail-imk@bundesrat.de)

**Oliver Malchow**  
Bundesvorsitzender

Stromstraße 4  
10555 Berlin

Telefon 030 399921-110  
Telefax 030 399921-211  
Mobil 0173 2095138  
[oliver.malchow@gdp.de](mailto:oliver.malchow@gdp.de)

22.06.2015

### 1:1 Anrechnung von Bereitschaftszeiten anlässlich des G7-Gipfels in Elmau

Sehr geehrter Herr Minister Lewentz,

wir als Gewerkschaft der Polizei setzen uns bereits seit Jahren für die bundesweit einheitliche 1:1 Anrechnung der von unseren Kolleginnen und Kollegen geleisteten Bereitschaftszeiten beim Bund und in den Ländern ein.

Mit dem (erfolgreich) durchgeführten G7-Gipfel in Elmau Anfang Juni 2015 haben wir nun erneut Anlass, an den Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern heranzutreten und uns für eine einheitliche, gerechte Vergütung der Bereitschaftszeiten unserer eingesetzten Kolleginnen und Kollegen stark zu machen.

Der G7-Gipfel hat für den Bund rund 80 Millionen Euro und den Freistaat Bayern etwa 130 Millionen Euro gekostet. Vor allem für den Bereich Sicherheit wurde zu Recht viel investiert, um einen reibungslosen Ablauf und die Unversehrtheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu gewährleisten. Dies sicherzustellen, ist den eingesetzten Kräften mit viel Ausdauer, Engagement und Willen gelungen. Leider schlägt sich das nicht in der Vergütung der Bereitschaftszeiten nieder. Erschwerend für die Betroffenen kommt die unterschiedliche Vorgehensweise von Bund und Ländern hinzu.

Bereits im Oktober 2013 haben wir gegenüber Ihrem Vorgänger, Herrn Minister Boris Pistorius, deutlich gemacht, dass es aus unserer Sicht falsch ist, dass unterschiedliche Anrechnungsverfahren beim Bund und den Ländern praktiziert werden, denn alle Einsatzkräfte haben in geschlossenen Einsätzen die gleiche polizeiliche Aufgabe zu bewältigen. Demnach kann es nur konsequent und folgerichtig sein, dass alle Einsatzkräfte auch dieselbe Vergütung für ihren Einsatz erhalten.

Die am 13.9.2013 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Landespolizeipräsidium Niedersachsen und den Gewerkschaften kann dafür nach wie vor Vorbild sein bzw. die Anrechnung wie sie das Land Nordrhein-Westfalen für diesen G7-Gipfel vorgenommen hat.

Sehr geehrter Herr Lewentz,

wir würden uns freuen, wenn es Ihnen gelänge, die Innenminister und –senatoren sowie den Bundesinnenminister von der Notwendigkeit einer einheitlichen Verfahrensweise zu überzeugen. Die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen würden das als angemessene Wertschätzung bewerten.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Malchow